

REFORMER GEGEN REBELLEN

Die Situation der Bauern im Nordosten Thailands und die Chancen für eine Ausbreitung des Kommunismus in dieser Region

VON HANS U. LUTHER

I. Allgemeine Einführung

1. Motiv der Untersuchung

Fast 90 Prozent der thailändischen Bevölkerung leben auf dem Lande; ca. 80 Prozent werden als „Bauern“ bezeichnet. Bei einer Analyse der politischen Entwicklung in Thailand muß die gegenwärtige wirtschaftliche Situation dieser Bevölkerungsmehrheit hinreichend berücksichtigt werden¹. Das soll hier mit einer Regionalstudie der Nordostprovinzen versucht werden, die sich im Verlauf der Untersuchung jedoch immer mehr zu einer „Regionalismus-Studie“ ausdehnte.

Der trockene, hügelige und teilweise unfruchtbare Nordosten Thailands schien mir wegen seiner halbautonomen Entwicklung, seiner über tausend Kilometer langen Grenze mit Laos und den auch für den nur kurzfristig anwesenden Beobachter fühlbaren Auswirkungen des Vietnamkonflikts besonders interessant zu sein. Landwirtschaftliche Rückständigkeit, Verschuldung, schnell wachsende Erwartungen, ein erstaunlicher Fortschrittsglaube und eine sich noch im embryonalen Stadium befindende Guerillabewegung sind nur einige Facetten dessen, was sich dort heute als die „Situation auf dem Lande“ umschreiben läßt.

Erkenntnisse über die Entwicklung dieser Gegend können ebenso Aufschluß über die veränderten Lebensbedingungen der bäuerlichen Bevölkerung in südostasiatischen Entwicklungsländern geben wie sie auch ein Hinweis auf die Neugestaltung der politischen Landkarte nach dem Abzug der Amerikaner aus Vietnam sein mögen. Vor allem amerikanische Wissenschaftler beschäftigen sich deshalb in zunehmendem Maße mit den Nachbarländern Vietnams und deren Problemen. Das amerikanische Verteidigungsministerium hat kürzlich verlangt, daß in Zukunft vorausschauende Planung (anticipating planning) eine kostspieligere Krisenbeherrschung (crisis management) einsparen soll. Durch Erforschung der Unruheherde, Beseitigung ihrer Gründe und reichliche Subventionen wollen die USA künftig politische Fehlentscheidungen und ein kräftezehrendes militärisches Engagement im pazifischen Raum von Anfang an vermeiden.

Die „vietnamesische Lektion“ hat bereits gewirkt. Anstatt Armeen auszuheben, versuchen Entwicklungsteams den Lebensstandard der Armen anzuheben, bevor die Widersprüche unüberbrückbar werden. Gegen Rebellen mobilisieren die Regierungen auf amerikanischen Druck nun ihre Reformer und Agrarexperten. Werden sie damit Erfolg haben?

¹ Es ist bezeichnend, daß die Mehrzahl der Berichte über den Nordosten Thailands landeskundlicher Natur sind oder sich mit den militärischen Problemen der „Aufstandsbekämpfung“ befassen. Spezifische Studien über Ausbreitung des Großgrundbesitzes, Verschuldung der Bauern u. ä. fehlen, oder werden, wie sich vermuten läßt, von den offiziellen Stellen zur Veröffentlichung nicht freigegeben.

2. Gebiet der Untersuchung, befragter Personenkreis

Grundlage zu diesem Bericht ist, neben Vorstudien, zu denen ich während meiner Lehrtätigkeit an der Chulalongkorn-Universität in Bangkok Zeit fand, und den verfügbaren regierungsamtlichen Unterlagen, eine vierwöchige Studienreise durch den Nordosten, die mich von Udorn über Kam Kang, Sawang Daeng Din, Vanon Nivas, Warichapoom, Pananikom, Sakolnakorn und Nakornpanom nach Savanakhet führte. Um auch in abgelegenen Dörfern, die angeblich von Kommunisten „heimgesucht“ wurden, Befragungen durchführen zu können, habe ich mehrmals, abseits von den Straßen, Abstecher ins Landesinnere unternommen und dort übernachtet.

Befragt wurden „Schlüsselinformanten“ wie Regierungsbeamte auf Changwat(Provinz)- und Amphur(Distrikt)-Ebene, amerikanische Entwicklungshelfer von ARD (Accelerated Rural Development), Angehörige von Straßenbautrupps (US-Pioniere), Vertreter von Minderheiten (Vietnamesen, Chinesen und Inder), vor allem aber Bauern sowie Kleinhändler, Dorfschullehrer und buddhistische Mönche. Sehr informativ war für mich auch die Teilnahme an mehreren Versammlungen von Dorfvorstehern (puyaiban), die von Community-Development-Helfern zusammengerufen waren und Vertretern der Regierung ihre Sorgen vortragen sollten. Außerdem wurden Gespräche mit zwei stellvertretenden Gouverneuren und vier „trade-officers“ (Regierungsbeamte, die für die Erfassung der Nahrungsmittelproduktion zuständig sind) geführt, mehrere Genossenschaften, drei „mobile units“ (Entwicklungsteams der Regierung) und drei „medical health centers“ besucht². Der Kreis der Befragten belief sich insgesamt auf ungefähr 70 Personen, von denen knapp zwei Drittel in Dörfern unter 1000 Einwohnern lebten und von denen etwa die Hälfte Bauern waren. Ergänzt wurden die Eindrücke durch Gespräche mit thailändischen Polizeioffizieren und Militärs, amerikanischen Peace-Corps-Angehörigen, „special forces“ und kommunistischen Überläufern. Den geographischen Schwerpunkt der Untersuchung bildete das Gebiet um Sakolnakorn, welches von der Regierung als „most sensitive area“ bezeichnet wird. Ein Teil der besuchten Dörfer, in denen ich mich länger aufhielt, war nach Ansicht von höheren Polizeibeamten dem ständigen Druck der „kommunistischen Terroristen“ ausgesetzt. In den betreffenden Dörfern war davon allerdings nichts zu spüren.

3. Die Problematik empirischer Untersuchungsmethoden in bäuerlichen Gesellschaften

Warnend müssen einige Worte über die Problematik von soziologischen Befragungen im bäuerlichen Milieu gesagt werden; eine Schwierigkeit, die wahrscheinlich für die meisten asiatischen Entwicklungsländer in ähnlicher Form gilt. Der Wirrwarr und die Widersprüchlichkeit des Zahlenmaterials und der konkreten Ergebnisse von Feldstudien sind häufig weniger aussagekräftig über die Situation, in der sich die untersuchte Gruppe befindet, als vielmehr über die Fragwürdigkeit der Verwendung von europäischen Kategorien und Methoden empirischer Sozialforschung in Entwicklungsländern, in denen völlig andere Verhaltensmuster gelten als bei uns.

² Die auch den Thais geläufigen englischen Fachausdrücke sind hier zum größten Teil absichtlich nicht übersetzt worden, in Einzelfällen steht die thailändische Bezeichnung in Klammern dahinter. Gerade das spezifische „Counter-insurgency“-Vokabular macht auch die sprachliche Amerikanisierung Thailands gut deutlich.

Sicher ist es gefährlich, wenn Logik nicht durch vielfältige Evidenz bestätigt wird. Resultate von USOM-Befragungen unter den Bauern lassen jedoch den Verdacht zu, der betreffende Interviewer habe oft, beeinflusst durch das geringe Bildungsniveau der Befragten, für diese „mitgedacht“. Schon aus Gründen der Höflichkeit (um die peinliche Neugierde der Fremden möglichst schnell zu befriedigen) und aus Angst vor eventuellen Rückwirkungen antworten viele der Bauern mit sicherem Instinkt genau das, was der Interviewer von ihnen erwartet. Wesentliche Unterschiede in der Beantwortung werden schon sichtbar, wenn ein Fremder (d. h. Europäer = farang) oder ein Thai der gleichen ethnischen Gruppe bzw. ein thailändischer Beamter aus Bangkok eine Frage stellt. Mehrmals sprachen die Bauern, wenn sie erst einmal Vertrauen gefaßt hatten, von dem „herrschaftlichen Benehmen“ (chao-nai) der Informationsteams.

Denn nicht selten fühlt sich der Befragte in einer prekären psychologischen Situation. Er war es bisher nicht gewohnt, „frei“ seine Meinung oder gar seine Sorgen zu äußern, und wagt es erst recht nicht, das Verhalten von Höhergestellten innerhalb und außerhalb der Dorfgemeinschaft zu kritisieren. Aufgrund einer für den zeitweiligen Besucher häufig unsichtbar bleibenden überkommenen hierarchischen Ordnung, die letzten Endes aus den ungleichen Besitzverhältnissen resultiert, ist „freie Rede“ so gut wie nicht üblich. Offenheit und Gleichheit wären erst gewährleistet, wenn die Individuen keine nachfolgenden Sanktionen für ihre Äußerungen zu befürchten hätten. Daher sind gewisse Inhaber von Macht- und Ansehenspositionen (Dorfältester, reichster Bauer, Chef des Clans, Lehrer, Mönch usw.) als „Wortführer“ traditionell tonangebend. Man wagt es nicht, ihnen offen zu widersprechen, denn von ihrer Willkür können sich die Ärmere auch während einer Debatte nicht ganz freimachen.

Seni Pramroj, der Führer der Demokratischen Partei in Bangkok, spricht nicht zufällig von Thailand als dem „Land der unsichtbaren Vorhänge“, was für die Politik bis auf die unterste Ebene gültig zu sein scheint.

Der politische Willensbildungsprozeß innerhalb der Dorfgemeinschaft vollzieht sich nicht nach einem offenen Diskussionsprinzip (Versammlung, freie Rede, Abstimmung), sondern vorwiegend nach einem schwer durchschaubaren Konsensusprinzip, das schon a priori durch die geltenden Strukturen bedingt ist.

So geht z. B. der Dorfvorsteher als Mittler zwischen Staat, Dorf und Familie von Tür zu Tür und wirbt um Zustimmung für den Bau einer Brücke. Selbst in einem persönlichen Gespräch sind der Ausdrucksbereitschaft enge Grenzen gesetzt, wirkliche Individualität existiert nur in Ausnahmefällen. Häufig ziehen es die Dorfbewohner vor, sich hinter angeblichem Unverständnis und Unwissenheit zu verstecken. Ich habe daher meine Fragen nicht nach einem festen Schema strukturiert. Die Ergebnisse sind nicht quantifizierbar, da die Umstände, unter denen sie entstanden sind, nur selten vergleichbar waren. Nach Situation und Bereitwilligkeit der Gesprächspartner wurde von allgemeinen Dingen (Wetter, Wasser, Vieh) zu besonderen Problemen (Verhältnis zu Polizei, Regierung, Kommunisten) übergegangen. Dabei habe ich es vermieden, bei einer mich nicht befriedigenden Antwort nachzuhaken, sondern eine ähnliche Frage lieber später noch einmal gestellt. Besondere Vorsicht war beim Sprechen über das Thema „Kommunisten“ geboten. Während von der Regierung geschulte Dorfautoritäten sogleich eine Reihe von Klischees auf sagten (wie z. B. „uns mehr Geld geben“, „uns bewaffnen“, „ihre Rückzugsgebiete bombardieren“,) brachen andere Gesprächspartner, wenn die Frage zu unvermittelt kam, das Interview unter irgendwelchen Vorwänden ab.

Besonders beliebt bei den Thais war die Frage: „Was würden Sie tun, wenn Sie Premierminister von Thailand wären?“ Die Richtung der Antwort ließ sich dann durch Zusatzfragen z. B. für das Dorf, für die Kinder, gegen die Korruption, gegen den Amtsmissbrauch, gegen die Kommunisten usw. leicht bestimmen.

II. Der Nordosten Thailands

Der Nordosten („Isan“) Thailands hatte 1960 eine Bevölkerung von über 9 Millionen Menschen, d. h. rund ein Drittel der Einwohner Thailands leben auf einem Gebiet, das auch ungefähr ein Drittel der Fläche des Landes umfaßt. Bedingt durch schlechte Zufahrtswege und Vernachlässigung beim wirtschaftlichen Aufbau des Landes (keine Bodenschätze) gehörte der Nordosten schon immer zu den entlegenen Regionen und hatte viel engere Beziehungen zu dem benachbarten Laos als zu den Thais in der zentralen Ebene.

1. Problematische Identität

Während in Laos wenig über eine Million ethnische Lao leben, bezeichnen sich die 1968 auf mehr als 12 Millionen angewachsenen Nordost-Thais (Thai-Isan) als „Lao-Völker“: „Wir sind Laoten aber Thai-Bürger!“ (pen phu lao tae sat thai!) Sie geben Laos als die Heimat ihrer Vorfahren an und bezeichnen den Mekong nicht als „Grenze“, sondern als „Handelsstraße“. Die Menschen im Nordosten fühlen sich eigentlich weder als Laoten noch als Thais sondern als „Nordostler“ (khon pakh isan), und sie verweisen darauf, daß sie andere Sitten, anderes Essen (Naßreis) und andere Sprache und Kleidung als die Thais um Bangkok hätten. Tatsächlich sind die ethnischen Unterschiede erheblich. Allein in der Gegend um Sakolnakorn gibt es fünf verschiedene ethnische Gruppen: Thai-Lao, Thai-Yaw, Thai-Yoi, Pu-Thai und Kalerng. Dazu kommen als Minderheiten noch Kambodschaner, Vietnamesen, Chinesen und Inder. Ein linguistischer Ansatz reicht aber allein nicht aus, um hier kulturelle, soziale und politische Identität nachzuweisen; das Selbstverständnis und die Loyalitätsrichtung der Betroffenen sind wichtiger³. Fremde, die nicht der eigenen ethnischen Gruppe angehören, werden in den Dörfern mit mißtrauischen Blicken verfolgt. (Laoten gelten nicht als Fremde!) Die kleineren Gruppen fühlen sich der vorherrschenden ethnischen Gruppe, den „Thai-Lao“, kulturell überlegen. Vietnamesen, Chinesen und Inder werden von den Dorfbewohnern wegen ihrer Geschäftstüchtigkeit und ihres sprichwörtlichen Organisationstalents oft beneidet, ihr Reichtum schafft Argwohn. Vielfach kritisierten die Bauern die manchmal unmenschlichen Geschäftspraktiken dieser Zwischenhändler-schicht, der sie bei schlechten Ernten oder anderen Unglücksfällen mehr oder minder hilflos ausgeliefert seien.

2. Separatismus und politischer Dissens

Seit der Revolution von 1932 waren die Vertreter des Nordostens in der thailändischen Nationalversammlung fast ausschließlich in den Kreisen der Opposition zu finden. Sie forderten die Verbesserung der Verhältnisse in ihrer Region, formulierten „linke“ Programme und setzten sich für eine neutralistische Außenpolitik ein⁴.

³ Vergl. Keyes, Charles F., *Ethnic Identity and Loyalty of Villagers in Northeastern Thailand*, in: *Asian Survey*, Nr. 7, Juli 1966, p. 362 ff.

⁴ Vergl. Wilson, David A., *Politics in Thailand*, Cornell University Press, Ithaca 1962, p. 31.

Als Grund für ihre oppositionelle Haltung galt die wirtschaftliche Benachteiligung dieser schwer zugänglichen Provinzen, die durch Korruption und Ausbeutung, wie sie von den örtlichen Vertretern der Zentralregierung betrieben wurden, sowie ungerechtfertigt hohe Steuern noch verschlimmert wurde. Aus dieser Entwicklung resultierten immer wieder separatistische Forderungen nach einem autonomen Staatsgebilde oder wenigstens nach einem Zusammenschluß mit dem Königreich Laos, das dann wahrscheinlich vom Nordosten wegen der ungleichen Proportionen geschluckt worden wäre.

Die meisten Anhänger der von dem Ex-Premierminister Pridi Phanomyong zum Widerstand gegen die Japaner gegründeten Bewegung „Freies Thailand“ kamen aus dem Nordosten. Diese alten Kämpfer sind angeblich auch heute noch der harte Kern des Widerstandes gegen die Bangkokener Regierung. Sie werden durch Sendungen des Radios „Stimme des Freien Thailands“, das in der chinesischen Grenzprovinz Yünnan von Pridi nach seiner Absetzung aufgebaut wurde, zum Aufstand angefeuert. Anfang der fünfziger Jahre endete eine separatistische Bewegung erst dann, als der damalige Polizeiminister und zum regierenden Triumvirat gehörende Phao Sriyanon die Hinrichtung ihres Führers, des Parlamentsmitgliedes Tiang Sirrikhan, befahl. In der Nationalversammlung setzte sich ein Flügel linker Sozialisten (1956—1958) vor allem aus Vertretern der Nordostgebiete zusammen. Politiker wie Nai Krong Chantawong traten für einen unabhängigen, sozialistisch-regierten Nordosten ein.

Neben der beträchtlichen ökonomischen Kluft, die sich u. a. in einem unterschiedlichen Lebensstandard zu den anderen Teilen Thailands ausdrückte, waren auch gesellschaftlicher Aufstieg und politische Karriere nur via Bangkok möglich. Erst vor kurzem wurde in Khon Khaen eine Universität des Nordostens gegründet.

Die Menschen im Nordosten sind stolz auf ihre eigene Kultur (pen phuban), wie z. B. auf ihre Tänze (moh-lam). Sie behaupten, daß sie in Bangkok oft wegen ihres Dialekts herablassend behandelt und als „Bauernbengel“ beschimpft würden. Als typische Treffpunkte der Nordost-Thais gelten in Bangkok einige buddhistische Tempel und Restaurants. Großen kulturellen Einfluß auf die Bevölkerung des Nordostens haben die Radiosender Vientiane und Savannakhet, die auf laotisch senden, während die Rundfunkstation der nordostthailändischen Stadt Khon Khaen nur Thai-Programme ausstrahlt. Bezeichnend für die Perspektive und das Selbstverständnis der Nordostler ist es, daß sie sagen: „Die Laoten sind wie wir“ — und nicht etwa — „Wir sind wie die Laoten.“

Es gibt demnach im Nordosten noch eine starke regionale Identifikation der Bevölkerung, eine Art „Isan-Denken“, das sich einer forcierten, von Bangkok angekurbelten Integration schon aus psychologischen Gründen verschließt. Übereilte Assimilierungsversuche der Regierung werden mißtrauisch verfolgt, gegen eine Behandlung „von oben herab“ ist man im Nordosten besonders empfindlich.

3. Merkmale des Nordostens

Die besondere Situation des Nordostens ist bedingt durch:

- die ethnischen Unterschiede zu Zentral-Thailand und die enge gesellschaftliche und kulturelle Verwandtschaft mit Laos,
- die sich daraus ergebende Anziehungskraft der Idee eines pan-laotischen Staatsgebildes mit einer fortschrittlichen Regierungsform,

- die unübersichtliche Grenze mit Laos und die Möglichkeit der Infiltration von dort,
- die Verfügbarkeit von Waffen und Nachschub für die Guerillas im Nordosten,
- eine überlieferte oppositionelle Haltung gegenüber der Regierung in Bangkok aus Gründen der ökonomischen Vernachlässigung des Gebiets und der Unterdrückung von separatistischen Bewegungen,
- die geographische Isolierung größerer Teile der Bevölkerung von der Autorität der Regierung,
- verstärkte Kontrollversuche von Bangkok aus, die von der Bevölkerung als Bedrohung und als Eingriff in ihr Gewohnheitsrecht aufgefaßt werden,
- die unmittelbare Nähe des Vietnamkonflikts, in dem Thailand die größte außervietnamesische Basis der USA (allein 5 Flugplätze im Nordosten) stellt,
- die Häufung von Gewalttaten und Morden, die die Regierung oft zu Unrecht den Kommunisten anlastet,
- das Auftauchen von in Vietnam und Laos geschulten Agenten, die der Bevölkerung die Verhältnisse in den kommunistisch beherrschten Nachbarländern verlockend schildern und mit dem Aufbau von Rätegebieten beginnen.

III. Struktur und sozio-ökonomische Veränderungen innerhalb der Landbevölkerung des Nordostens

1. Bevölkerungsanstieg und Bodenknappheit

Früher gehörte in Thailand der gesamte Boden dem König. Die Bauern hatten jedoch de facto das Recht zur Bebauung und Erschließung. Im Jahre 1901 führte König Rama V. (Chulalongkorn) eine neue Form von Landbesitz ein: Die Bauern wurden nun durch Erteilung von Besitztiteln auch Eigentümer des von Ihnen bearbeiteten Landes und konnten sich auf diese Weise gegen Bebauung durch andere schützen. Seitdem haben Erbteilung und wachsender Bevölkerungsdruck eine ständige Zersplitterung der Äcker verursacht. Gemeindeland, das im Bedarfsfall an die Armen verteilt werden könnte und als sozialer Puffer wirken würde, ist, da es nur privaten oder staatseigenen Boden gibt, nicht vorhanden. Möglichkeiten zur Neuerschließung (*cap coong*) werden immer begrenzter.

Das Problem verschärft sich noch infolge der geringen sozialen Mobilität der Landbevölkerung. Nur durch bessere Ausbildung (die im Nordosten schwer zu finden ist) oder durch Eintreten in die staatliche Verwaltung (was den Thais um Bangkok viel eher ermöglicht wird), öffnen sich Wege, um aus der engen dörflichen Sphäre auszubrechen.

Ungelernte Arbeiter finden nur in geringer Zahl und zu schlechten Bedingungen eine Anstellung in den Städten, in denen obendrein die Lebenshaltungskosten bedeutend höher als im Nordosten sind. Außerdem macht neuerdings die zunehmende Verschuldung, bedingt durch schlechte Ernten, unrentable Bearbeitung, fehlende Rücklagen und hohe Zinsen es den meisten Bauern so gut wie unmöglich, ihre Dörfer zu verlassen und in den Städten ihren Lebensunterhalt zu suchen.

Unter dem Druck der Bevölkerungsexplosion wächst dennoch das städtische Proletariat schnell an.

Die Bevölkerungszuwachsrate in Thailand liegt inzwischen bei 3,3 bis 3,5 Prozent pro Jahr, was einer Vergrößerung der Einwohnerzahl von 40 Prozent in den nächsten zehn Jahren entsprechen würde. Dagegen lag der Zuwachs des Pro-Kopf-Ein-

kommens zwischen 1953 und 1963 bei 2,1 Prozent. Das Bruttosozialprodukt stieg allerdings in den Jahren 1966 bis 1969 parallel zum amerikanischen Engagement in Vietnam um ungefähr 7 Prozent, woran der Nordosten jedoch nur einen geringen Anteil hatte. Die landwirtschaftliche Zuwachsrate dagegen betrug 1967/68 nur 2,2 Prozent.

Deutlicher werden die Unterschiede am Beispiel der Entwicklung des Nordostens. Während sich das Bruttosozialprodukt in Thailand von 1962 bis 1968 verdoppelt hat, ist der Anteil des Nordostens fast unverändert geblieben; ein wünschenswertes überproportionelles Wachstum hat hier nicht stattgefunden. Das Pro-Kopf-Einkommen betrug im Landesdurchschnitt zwar 145 US Dollar, im Nordosten dagegen nur 28 US Dollar (nach anderen Angaben 125 und 45 US Dollar).⁵ Neben diesen bedrohlichen Unterschieden zu Zentralthailand steht der Nordosten vor dem Kernproblem einer schnellwachsenden Knappheit an Ackerland. Um die rasch zunehmende Bevölkerung zu beschäftigen, müssten in den nächsten 10 Jahren mindestens 200 000 Arbeitsplätze außerhalb der Landwirtschaft gefunden werden. Es ist aber anzunehmen, daß nach dem Abzug der Amerikaner aus Vietnam auch in Thailand die Arbeitslosenzahl eher noch größer wird. Schon 1967 fiel mir in den kleinen Städtchen des Nordostens die überraschend große „verdeckte Arbeitslosigkeit“ auf (z. B. die Unmenge von nur selten beschäftigten Rikschafahrern). Stichproben ergaben auch Hinweise auf sich ausbreitenden Großgrundbesitz. Dort, wo im Nordosten das Land auf Initiative der Regierung bewässert und mit Verbindungsstraßen versehen wird, wurde auch das Interesse derer größer, die nun versuchen, hier ihr Geld gewinnbringend anzulegen. Nach der Schaffung von infrastrukturellen und sozio-ökonomischen Voraussetzungen verstärkt sich auch das in- und ausländische Interesse an profitablen — und wie es schien — gesicherten Privatanlagen bei Landkäufen. Im ganzen ist der Ausblick, was die ökonomische Entwicklung im Nordosten angeht, eher pessimistisch zu bewerten.⁶

Eine schnell anwachsende Bevölkerung, wenig Bodenschätze und Mangel an Reisland sowie eine unzureichende Nutzung des Bodens, da das nötige Kapital fehlt, vergrößern auch nach Ansicht von Regierungsbeamten die Chancen einer sozial-revolutionären Bewegung.

2. Gesundheitliche Verhältnisse, Bildungsstand und Einflüsse von außen

Die vorgefundenen gesundheitlichen Verhältnisse im Nordosten waren erschreckend und wirkten zugleich wie ein Symbol für die allgemeine Unterentwicklung der Region. Es fehlt an sauberem Trinkwasser, desinfizierbaren Latrinen (daher ist die Hepatitis vor allem im chronischen Stadium weit verbreitet!), eiweißhaltiger Nahrung, DDT gegen die Mücken, Impfstoffen gegen Pocken und Kinderlähmung, aber vor allem an Ärzten.

„Heilkundige“, deren Ansehen oft um vieles größer ist als ihre therapeutischen Möglichkeiten, versuchen Epidemien mit Kräuterkuren und Betruhe zu bekämpfen. Gegenüber Wurmkrankheiten, Amöbenruhr, Schwindsucht, Lepra u. a. sind sie hilflos. Medikamente sind, wenn überhaupt vorhanden, für die Bauern zu teuer.

5 s. Huff, Lee W., *The Thai Mobile Unit Program, in Southeast Asian Tribes, Minorities and Nations*, edited by Peter Kunstadter, Princeton 1967, p. 429. Vergl. auch „Bangkok World“ vom 28. Okt. 1964.

6 Vergl. Long, Millard F., *Economic Development in Northeast Thailand: Problems and Prospects*, in: *Asian Survey*, Nr. 7, Juli 1966, p. 355 ff.
Die Tendenz wird bereits angedeutet in der Schrift von Textor, Robert B., *From Peasant to Pedicab Driver*, New Haven, Yale University, Southeast Asia Studies, 1961.

Unterernährung ist in vielen Dörfern endemisch. Die neuerdings von europäischen und amerikanischen Firmen im Rahmen der Entwicklungshilfe in großen Mengen bis in den letzten Dorfladen gepumpten Pillen und Arzneien sind so lange fast wertlos, wie es an Ärzten und Krankenbetten fehlt. Ohne die Beseitigung von Armut, Schmutz und Unwissenheit werden aber auch die wenigen Ärzte noch lange auf verlorenem Posten stehen.

Das Analphabetentum ist dank eines schon 1932 eingeführten Pflichtschulsystems (neuerdings von 4 Jahren auf 7 Jahre erweitert) selbst in den abgelegensten Gebieten unter 25 Prozent gesunken und nur noch bei älteren Leuten anzutreffen. Bis zu 50 Prozent der befragten Bauern schauen von Zeit zu Zeit in eine Zeitung. Der Dorfvorsteher und der Lehrer sind oft die einzigen Besitzer von Druckerzeugnissen. 80 Prozent haben in ihrem Leben schon mehr als zehn Filme gesehen und finden an Kinovorführungen großen Gefallen. Jede dritte Familie, häufig sogar jede zweite, hat ein Transistorradio, aus dem meistens Tanzmusik oder ein (von 27 thailändischen Sendern ausgestrahltes) Programm der „psychologischen Kriegsführung“ erklingt. Nachrichten und Propaganda werden meistens abgestellt, wenn sie nicht geschickt mit Musik verbunden sind.

Über die Provinzebene hinaus reicht die Vorstellung kaum, der Name des Premierministers war nicht einmal der Hälfte der von mir, aber auch der vom USIS befragten Bauern geläufig. Amerikaner werden, neben dem überlieferten Mißtrauen, das wahllos allen Fremden entgegengebracht wird, als „reiche Gäste“ angesehen. Der Krieg in Vietnam hat keinen direkten Einfluß auf die Dorfgemeinschaft; Pathet-Lao oder Vietnamesen wurden nur in seltenen Fällen gesehen. Man mißtraut jedoch den Vietnamesen wegen ihrer größeren Geschicklichkeit. Täglich sehen die Bauern amerikanische Flugzeuge nach Osten in Richtung Laos fliegen.

Soweit sie nicht hier und dort durch von Propagandagruppen beider Seiten organisierte „meetings“ aus dem Tiefschlaf gerissen wurde oder die Bewohner unter Vergeltungsmaßnahmen und Umsiedlungsaktionen zu leiden hatten, wirkt die dörfliche Sphäre für den Außenstehenden entpolitisiert.

Kommunisten und Regierungsteams fällt es daher gleichermaßen schwer, Interesse für ihre Ideen zu finden; denn innerhalb der Dorfgemeinschaft zählen hauptsächlich Privat- und Gruppeninteressen. Beide Seiten flüchten sich daher oft in unhaltbare Versprechungen, deren spätere Nichterfüllung ihre mühsam aufgebaute Autorität wieder in Frage stellt.

3. Bauern und Regierung

Bis in die jüngste Zeit waren die Dorfbewohner weitgehend autonome Selbstversorger, vom Handel fast unabhängig, als Staatsbürger nur geographisch erfaßt und als Steuerzahler nicht existent.

„Politik machen“ wird im Nordosten mit „gan-muang“ übersetzt, was auch bedeutet „die Dinge außerhalb“ und „wer zur Zeit an der Macht ist“. Begriffe wie Staatsbürger, Untertan und Konsument waren der Landbevölkerung bisher fremd; über die Vorgänge in Bangkok und am Königshof hörten die Bauern nur durch Gerüchte, die von umherziehenden Händlern verbreitet wurden und oft Legenden gleichkamen.

Neuerdings versucht die Regierung angesichts der „kommunistischen Subversion“ durch ein „community development program“ unter Anleitung von US-Beratern und in Verbindung mit dem USIS (United States Information Service) auch unter

der ländlichen Bevölkerung eine nationale Identifizierung und ein staatsbürgerliches Bewußtsein zu schaffen. Neben dem inzwischen relativ gut entwickelten Grundschulsystem sollen Informationstrupps mit Filmmaterial u. ä. die Bevölkerung über „ihren“ Staat informieren und zielstrebig für die Bangkokere Regierung Propaganda machen. Die CD-Helfer (patanakorn) versuchen in den Dörfern Wahlen zu Vertretungskörperschaften (10-Mann-Komitees) zu veranstalten, die dann gemeinsam mit einem Regierungsvertreter, dem Dorfältesten und dem Bürgermeister über kommunale Entwicklungsprojekte sowie die Verteilung der öffentlichen Aufgaben und Lasten beschließen sollen. Wenig verwunderlich ist, daß diese Dorf-Komitees in ihrer personellen Besetzung genau die bereits bestehende Machtstruktur widerspiegeln und von einem demokratischen Ansatz kaum die Rede sein kann. Vielmehr schafft diese Politik eine neue Zwischenschicht, die bisher formal noch nicht vorhanden war, und stattet sie für ihre Treue zur Regierung mit Privilegien aus.

Ein anderer Versuch, die Dörfer mit in den Autoritätsbereich der Regierung einzubeziehen, ist das von einem gemischten Thai-US-Team propagierte „Democracy Development Program“ (DDP). Auch hier wird versucht, Entscheidungen in die Hand einer neuen Dorfelite zu legen bzw. sich der Loyalität dieser Gruppe zu versichern.

Die Demokratisierungsversuche auf dem Lande sollen, wie es in Regierungskreisen heißt, schließlich der Vorbereitung von allgemeinen Wahlen dienen. Die Einführung eines demokratisch-repräsentativen Systems scheint aber, selbst wenn es von der Regierung wirklich angestrebt wird, außerhalb der Hauptstadt noch Wirklichkeitsfern. Nur wenige der Dorfbewohner wissen, was ihnen eine Vertretung in der Landeshauptstadt nützen soll. Wenn sie Hilfe brauchen, tragen sie dem Nai Amphur (Distriktoffizier) oder seinen Vertretern bereitwillig ihre Probleme vor, ohne Anforderungen, so sagen sie, soll sich die Regierung jedoch nicht in die Angelegenheiten des Dorfes mischen. Die Staatsmacht wird nur dann akzeptiert, wenn sie am Dorfrand endet. Hauptsächliche Funktion des Dorfvorsteher ist es, die Anordnungen der Regierung an die Dorfgemeinde weiterzuleiten. Er muß die Erwartungen seiner Vorgesetzten erfüllen und hat wenig Möglichkeiten, die Interessen des Dorfes zu vertreten. Vor allem fehlt es den Nordostlern an Vertrauen zur Regierung⁷.

Häufig klagen die Bauern über das anmaßende und diktatorische Auftreten der Regierungsbeamten (kha rachagan), die selbstverständlich mit dem Teuersten bewirtet werden wollen, aber nichts dafür bezahlen. Früher war es in Bangkok die Regel, Verwaltungsbeamte, die sich etwas hatten zuschulden kommen lassen oder schneller reich werden wollten und dafür bereit waren, auf den Komfort der Hauptstadt zu verzichten, eine Zeit in den Nordosten zu schicken. Polizeibeamte, die wegen ihres schlechten Solds und zahlreicher Frauen in Geldschwierigkeiten steckten, versuchten aus den Bauern Sondersteuern oder zusätzliche Naturalabgaben für die Aufrechterhaltung von „Ruhe und Ordnung“ (borihan) herauszupressen.

Seit es in Thailand eine Regierung gibt, haben die Bauern unter dem Machtmißbrauch (amnat) der Polizei und der Zivilverwaltung zu leiden, ohne daß diese ihrer eigentlichen Pflicht (nathi), nämlich den Viehdiebstahl und das Bandenwesen zu verhindern, immer rechtzeitig nachgekommen wären.

Das Verhältnis zwischen Beamten und Bauern war immer auf einer autoritären Vorgesetzten-Untertanen-Beziehung aufgebaut. So sollen z. B. Bauern bei einer Ver-

7 s. Young, Stephen B., *The Northeastern Thai Village: A non-participatory Democracy*, in: *Asian Survey* Nr. 11, November 1968, p. 873 ff.

sammlung in Anwesenheit des Gouverneurs, nach ihren Sorgen befragt, immer mit Nein geantwortet haben. Im Gegensatz dazu versuchen die Kommunisten, gestützt auf das von ihnen verkündete Gleichheitsideal, gute und persönliche Beziehungen zur Landbevölkerung aufzubauen. Für ihre Untergrundarbeit sind Vertrauen und gegenseitige Achtung unerlässlich.

In neuester Zeit hat es das Interesse der Bauern erregt, daß mit den Gerüchten vom Auftreten des „nai-communit“ (Meister Kommunist) sich gleichzeitig die Regierungsbeamten wie unter einer merkwürdigen Furchtpsychose in den Dörfern bewegten, um Freundschaft warben und die Leute spontan nach ihren Problemen fragten. Weist dieser Stimmungsumschwung bei den einst so Mächtigen etwa darauf hin — so fragen sich die Bauern — daß die Kommunisten vielleicht die Herren von morgen sein werden? Und wäre es dann nicht unklug, es vorschnell mit ihnen zu verderben?

IV. Die wirtschaftliche Situation der Bauern

1. Gemeinsame Merkmale der Bauern im Nordosten

Bevor näher auf die Lebensbedingungen und die Bedürfnisse der Landbevölkerung eingegangen werden soll, mag noch einiges zur grundsätzlichen Identität der untersuchten bäuerlichen Gruppe gesagt werden:

- sie sind thailändische Staatsbürger, aber stolz auf ihr laotisches Kulturerbe,
- sie gehören jeweils einer bestimmten ethnischen Gruppe an,
- sie sind Reisbauern, d. h. Land- und Bewässerungsprobleme sind für sie entscheidende Dinge,
- sie sind Buddhisten in dem Sinne, daß der Erwerb moralischen Verdienstes für dieses und ein nächstes Leben ihr oberstes religiöses Ziel ist („tam-boon“),
- sie sind von ganzem Herzen Bauern und ziehen es vor, den größten Teil des Lebens in der Dorfgemeinschaft zu verbringen, der sie sich auch gesellschaftlich zugehörig fühlen,
- obwohl sie ihrer bäuerlichen Herkunft nach konservativ eingestellt sind, scheinen sie alles „Moderne“ zu bewundern und hoffen oft, sich mit Hilfe der Technik (Geräte und Maschinen) ein leichteres Leben verschaffen zu können.

2. Die wichtigsten Bedürfnisse und Probleme der Landbevölkerung

Nach ihren nötigsten Bedürfnissen (kwarm tong kahn) und Problemen (pan ha) befragt, antworten die Bauern:

W a s s e r für die Reisfelder, zum Trinken, zum Baden der Büffel und zum Fischen. Der Nordosten hat besonders unter der Trockenzeit zu leiden; das Trinkwasser ist oft brackig.

L a n d, zu wenig Land, zu hohe Pacht und Steuern, unklare Besitzverhältnisse, Klagen über unfaire Methoden der Beamten bei der Landbesteuerung und Kreditverteilung.

S t r a ß e n und Brücken, Transportmittel und -wege zum Verkauf der agrarischen Erzeugnisse und zum Herbeiholen von Hilfe, Ärzten, Polizei.

S c h u t z gegen Terror und Banditen, Viehdiebstahl, Amtsmißbrauch und Überfälle.

Kunstdünger und Pflanzenschutzmittel zur Steigerung des Ernteertrags, Anleitung zu deren Gebrauch.

Ärztliche Versorgung, Krankenhäuser, ambulante Hilfe, Medikamente, die nicht zu teuer sind usw.

Vor dem Beginn des II. Indochinakrieges (1960/1961) widmete die Thairegierung der Nordostregion nur wenig Aufmerksamkeit. Ein Informant sagte: „In der Zeit des Pibul-Songkram-Regimes erhielt der Nordosten keine Unterstützung von der Regierung. Pibul tat so, als gehöre der Nordosten nicht zu Thailand. Es war daher kein Wunder, daß eine Gruppe von Politikern aus dem Nordosten angesichts der Verbesserungen in Zentral-Thailand und im Süden des Landes zu Sezessionen aufrief.“

Unter dem Eindruck der sich vom vietnamesischen Kriegsschauplatz ausbreitenden Kampfhandlungen, sah die Sarit-Regierung den Nordosten Thailands als eine mögliche Aufmarschbasis der Kommunisten zur Eroberung Thailands an und begann, sich mit den Problemen dieser unterentwickelten Gegend zu befassen. Da dort über 85 Prozent der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt sind, kamen thailändische Experten und ihre amerikanischen Berater zu dem Ergebnis: „To fight insurgency in the Northeast, our first concern must be agriculture⁸.“

Die thailändische Regierung gab nun offen zu, daß Armut und Unterentwicklung die Hauptgründe für das „Nordost-Problem“ seien und den Kommunisten guten Boden zur Agitation liefern könnten.

Der Nordosten ist die wirtschaftlich zurückgebliebenste Region Thailands mit einem Pro-Kopf-Einkommen, das weit unter der Hälfte des Landesdurchschnitts liegt⁹.

Bedingt durch Sandboden, schlechte Bewässerung, schnelles Versickern des Regenwassers und Mangel an Pumpen, mechanischen Geräten und Kunstdünger liegen die Reisernten im Nordosten pro Hektar um ungefähr ein Drittel niedriger als im zentralen Delta um Bangkok. Die Bauern stehen landwirtschaftlichen Neuerungen wie etwa der Diversifizierung ihrer Produkte (Anbau von Kenaf, Baumwolle usw.) sehr skeptisch gegenüber. Sie sagen, daß sie die Baumwolle im Gegensatz zum Reis bei schlechten Marktpreisen nicht selber konsumieren können. Zweckmäßiger wäre es, außer Reis noch Mais und Getreide anzubauen, wozu jedoch die fachliche Anleitung fehlt.

Wasser ist und bleibt das Hauptproblem des Nordostens. Nach Angaben der „Bangkok Post“ v. 29. Juni 1963 war nur in ca. 30 Prozent der Dörfer des Nordostens die Wasserversorgung hinreichend, und es wird geschätzt, daß bei gleichbleibender Bohrkapazität erst im Jahre 2013 jedes Dorf einen guten Brunnen haben würde¹⁰. Die Trinkwasserstellen liegen häufig kilometerweit außerhalb; der Dorfbrunnen ist längst versandet.

8 s. Long, Millard F., *Economic Aspects of USOM's Program in Northeast Thailand*, Bangkok 1964, p. 12.

9 Es muß allerdings hinzugefügt werden, daß bei selbstgenügsamen Dorfgemeinschaften ein geringes Bargeldeinkommen noch kein ausreichender Hinweis auf einen niedrigen Lebensstandard ist, da viele Bauern häufig nur so viel anbauen, wie sie selbst verbrauchen können und ihnen die Transportmöglichkeiten fehlen, um Überschüsse rechtzeitig auf den Markt zu bringen. In Randgebieten betrug in extremen Fällen das bare Jahreseinkommen einer ganzen Familie nicht einmal 50 DM.

10 Vergl. Platenius, Hans, *The North-East of Thailand, its problems and potentialities*. Bangkok, National Development Board 1963, p. 11.

3. Die Bodenfrage

Schon 1950, als noch 83 Prozent der Bauern Besitzer ihrer Äcker waren, wurde von der damaligen Regierung ein „Control of the Lease of Paddy Land Act“ erlassen, der die Pachtsätze entsprechend den Erträgen verbindlich festsetzte. Stichproben ergaben jedoch im Nordosten, daß Großgrundbesitzer die Pächter zusätzlich zu den Pachtverträgen, die sich im Rahmen dieses Gesetzes halten, noch zu „Geheimverträgen“ nötigen und so eine Pachtsumme erhalten, die in manchen Fällen über die Hälfte des Ernteertrages hinausgeht.

Heute gibt es in Thailand für Reis-Paddy vier Formen von Besitztiteln¹¹.

Nach Angaben der Provinzgouverneure und des Landdepartments sind im Nordosten etwa noch 70 Prozent der Bauern Besitzer ihres Bodens. Diese Zahl nimmt auch nach amtlichen Unterlagen parallel zur Verbesserung der Infrastruktur ständig ab.

4. Verschuldung und Kapitalmangel

Eine Untersuchung, die der Unterstaatssekretär für Landwirtschaft, Dr. Sawaeng Kulthongkam, über die Verschuldung der Bauern in Thailand veröffentlicht hat, weist für 1966/67 eine durchschnittliche Verschuldung der 3 200 000 Bauernfamilien von je ca. 4000 Baht (800 DM) aus¹².

Dafür werden folgende Gründe angegeben:

- a) Die Produktion steigt im Verhältnis zum schnellen Bevölkerungswachstum nur langsam.
- b) Das Einkommen der Bauern steigt nicht im gleichen Maße wie die Lebenshaltungskosten.
- c) Das Bewässerungssystem ist hoffnungslos veraltet.
- d) Neben dem landwirtschaftlichen Sektor gibt es nur wenig Beschäftigungsmöglichkeiten.
- e) Die Bauern werden von Zwischenhändlern und korrupten Beamten ausgebeutet.
- f) Die Bauern haben keine technischen Kenntnisse (know how), um rentabler arbeiten zu können.
- g) Das Verkehrsnetz ist unzureichend.
- h) Die Bauern verfügen nicht über arbeitssparende Geräte und Maschinen.
- i) Den Bauern steht kein Kapital zur Verfügung, um die notwendigen Investitionen vorzunehmen.

Außerdem, erklärte der Unterstaatssekretär, verwenden die Bauern z. B. im Amphur Roi-et (Nordostthailand) ungefähr 21 Prozent ihres Einkommens für moralisch verdienstvolle Akte („tam-boon“) und andere religiöse Dinge.

Wenn das Landwirtschaftsministerium so außerordentlich hohe Angaben über die Verschuldung der Bauern macht und die Regierung zu energischen Maßnahmen auffordert, diesen Trend abzufangen, so sind in die Aufrechnung allerdings auch die umfangreichen Kredite, die an Mustergenossenschaften für Maschinen, Kunstdünger, Baustoffe und Lagerhäuser gegeben sind, mit einbezogen.

¹¹ s. zu der schwierigen Problematik der verschiedenen Besitztitel in Thailand den Aufsatz von Toru Yano, Land Tenure in Thailand, in: Asian Survey, Nr. 10, Oktober 1968, p. 853 ff.
¹² Quelle ist „Chao Thai“ vom 22. 7. 1967.

Dennoch bleibt die Verschuldung der Bauern ein grundlegendes Problem. Chinesische Geldverleiher verlangen hohe Zinsen (bei Bargeld monatlich zwischen 7 und 10 Prozent, jährlich zwischen 50 und 85 Prozent) und behalten die Landbesitzurkunden der Schuldner als Pfand zurück.

1966/67 erhielten die Bauern beim Verkauf für ein Kilo Reis 0,85 Baht. Hatten sie eine schlechte Ernte und mußten daher für ihre eigene Familie zur Ernährung noch Reis dazukaufen, so zahlten sie pro Kilo 2,5 Baht in bar oder 4 Baht bei Kreditzahlung. Auch reiche Verwandte scheuen sich angeblich nicht, ähnlich hohe Preise zu verlangen. Die Genossenschaften geben einzelnen Bauern Kredite zu 12 Prozent p. a. und Reis für 3,15 Baht pro Kilo.

Sich aus der Abhängigkeit von Händlern und Wucherern zu lösen, ist den Bauern schwer möglich. Ihre geringen agrarischen Überschüsse reichen nicht aus, um Rücklagen zu bilden oder bessere Geräte anzuschaffen; denn ihr Haushaltsbudget ist beim Krämer ohnehin meist in den roten Zahlen. Die chinesischen und indischen Kaufleute nehmen in den kleinen Dörfern eine monopolartige Stellung ein und lassen sich schwerlich verdrängen. Nur sie haben einen Lastwagen, um die Ernte aufzukaufen und abzutransportieren. Sie bestimmen den Preis, der Gegenwert wird gutgeschrieben und größtenteils in Waren abgegolten.

Nach dem Gesetz ist den Bauern seit einigen Jahren auch das Holzschlagen (die Regierung hat das Teakholz-Monopol!) und das Schnapsbrennen strikt verboten. Sie beklagen sich bitter darüber und bezeichnen diese Anordnung als ungerechtfertigt. Sie bietet nicht nur der Polizei bei Übertretung eine leichte Handhabe zur Erpressung, sondern begünstigt nach Meinung der Bauern die Händler, die ohnehin schon reich genug seien. Für überhöhte Preise müssen die Dorfbewohner bei ihnen nun das Holz zum Bauen und Alkohol für ihre Festlichkeiten kaufen.

V. Bauern und Kommunisten

1. „Antikommunismus“ als Herrschaftsmittel

Eine Analyse der Situation ist ohne die Berücksichtigung der „kommunistischen Gefahr“ und ohne die Untersuchung der Gründe, die das Entstehen einer revolutionären Bewegung begünstigt haben, nicht vollständig. Erst die unmittelbare Nähe zu dem im Schatten des Vietnamkonflikts heiß umkämpften Laos und die sich ausbreitende Guerillaaktivität haben die Aufmerksamkeit der politischen Führung in Bangkok auf diese bisher stiefmütterlich behandelte Region gelenkt.

Schon vor der Eskalation des amerikanischen Einsatzes in Vietnam bildete unter Feldmarschall Sarit der „Anti-Kommunismus“ in Thailand eine Art Formel zur Unterdrückung jeglicher Opposition und breitete sich bald als Hysterie auch unter den kleineren Beamten in den Provinzen aus. Politiker, die für soziale Veränderungen eintraten, wurden als „Kriminelle“ verfolgt; ein Dorfpolizist, der einen sog. „Kommunisten“ festnahm, vergrößerte damit seine Aufstiegschancen. Die Bauern bezeichneten ihrerseits der Polizei irgendwelche Viehdiebe und Räuber gern als Kommunisten, damit die Ordnungshüter gezwungen waren, die Verfolgung aufzunehmen. Geschlossene kommunistische Verbände wurden höchstens unmittelbar an den Grenzen gesichtet; thailändische Kommunisten gab es selbst nach den meist übertriebenen Regierungsangaben im Jahre 1967 kaum mehr als 2000.

Noch vor der Verabschiedung der neuen Verfassung brachte die thailändische Regierung im April 1968 ein „Anti-Kommunisten-Gesetz“ ein. Danach dürfen nun Polizisten und Zivilbeamte auf lokaler Ebene schon auf Verdacht hin und ohne richterlichen Haftbefehl „Kommunisten“ oder „Sympathisanten“ in Haft nehmen. Diese können dann von der untersuchenden Behörde ohne Appellationsrecht bis zu zwölf Monaten in Haft gehalten werden. Ihre Bestrafung (von einem Jahr Gefängnis bis zu lebenslangem Zuchthaus oder Todesstrafe) wird nicht den ordentlichen Gerichten, sondern dem Staatsanwalt übertragen. Kritiker der Exekutive müssen also weiter mit der Verfolgung als „Kommunistenfreunde“ rechnen¹³.

2. Die vietnamesische Minderheit — Orientierung nach Hanoi

Kommunistische Agitation hat im Nordosten Thailands eine lange Tradition. Sie beschränkte sich bisher vorwiegend auf die unzufriedenen und sich von der Regierung unterdrückt fühlenden Randgruppen.

Schon 1928/29 versuchte Ho Chi Minh, der Führer der vietnamesischen Revolution — damals noch unter dem Namen Nguyen Ai Quoc und als buddhistischer Mönch verkleidet — in der Gegend um Sakolnakorn unter der vietnamesischen Minderheit für eine „Brüderschaft der Vietnamesen in Thailand und Laos zur Rettung des Vaterlandes“ zu werben, die, sicher vor den Nachstellungen der französischen Polizei, den antikolonialen Befreiungskampf in der Heimat durch Spenden und Freiwillige unterstützen sollte. Bis heute gibt es zwischen Nong Kai und Nakornpanom eine vietnamesische Volksgruppe, die ca. 45 000 Menschen zählt. Die Mehrzahl von ihnen ist nach dem Ausbruch der Kämpfe mit Frankreich (1945) eingewandert und sympathisiert offen mit Hanoi. Diese vietnamesische Minderheit stellte 1946 eigene Streitkräfte auf, die sich den Viet-minh anschlossen.

In den letzten Jahren haben verschärfte Kontrollmaßnahmen der Thai-Regierung, wie z. B. Reisebeschränkungen und eine Meldepflicht nach 24 Stunden, Razzien und die Willkür der örtlichen Polizei (Erpressung von vietnamesischen Kaufleuten) die Vietnamesen in Thailand zu einer homogenen und größtenteils prokommunistischen Gemeinschaft werden lassen. (Anhänger der Saigoner Regierung waren kaum anzutreffen oder wagten es nicht, dies zuzugeben.) Gerüchten zufolge soll es ein Zentralkomitee und drei Provinzkomitees der KP Vietnams in Nong Kai, Sakolnakorn und Nakornpanom geben. Radio Hanoi sendet abends regelmäßig für die vietnamesischen Minderheiten in Thailand, Laos und Kambodscha¹⁴.

Doch die Bauern im Nordosten stehen fremden Minderheiten und deren eigenen politischen Zielen, ob es sich um Vietnamesen, Chinesen oder Inder handelt, mit Mißtrauen und Skepsis gegenüber¹⁵.

¹³ Dieses Gesetz konkurriert gleich zweimal mit der neuen Verfassung, die in Art. 33 die Meinungs- und Pressefreiheit und in Art. 29 die Verurteilung durch ordentliche Gerichte garantiert.

¹⁴ Vergl. Poole, Peter A., *Thailands Vietnamese Minority*, in: *Asian Survey*, Nr. 12, Dezember 1967, p. 886 ff.

¹⁵ Auch die aus Malaya vertriebenen chinesischen Kommunisten, die unter ihrem Führer Chin Peng seit vielen Jahren an der Südgrenze Thailands Fuß zu fassen versuchen, haben bisher unter der islamischen Thai-Minorität nur wenig Erfolge gehabt. Ihr Einfluß in Malaya wächst erst wieder seit den jüngsten Zusammenstößen zwischen Chinesen und Malayen im Juni 1969.

3. Strategie und Taktik der Kommunisten

Da Thailand nicht wie sein Nachbarn unter der Kolonialherrschaft gelitten hat und in der Vergangenheit auch die Bodenfrage nur ungenügenden politischen Zündstoff bot, blieb die kommunistische Agitation vorerst auf Minderheiten beschränkt, die in Hanoi oder Peking Rechte zu finden hofften, die ihnen die Regierung in Bangkok nicht gewähren wollte.

Vergeblich hat der Sender „Stimme des Freien Thailand“ von jenseits der chinesischen Grenze die Bauern zum Aufstand aufgerufen. Auch die beiden kommunistischen Frontorganisationen, die „Thailändische Unabhängigkeitsbewegung“ und die „Patriotische Front Thailands“ hatten trotz Unterstützung von außen nur geringe Erfolge zu verzeichnen¹⁶.

Erst nachdem die USA Thailand zu ihrem größten außervietnamesischen Truppenstützpunkt im Vietnamkrieg machten, dort über 50 000 Soldaten stationierten und von thailändischen Flugplätzen Laos und Vietnam bombardierten, veränderte sich das Bild. Bis Februar 1969 soll es nach Angaben des thailändischen Innenministeriums allein im Nordosten zu über 80 Morden an Regierungsvertretern, Lehrern und Dorfvorstehern gekommen sein, wobei Verbrechen und politische Attentate nicht unterschieden werden. Die Gesamtzahl der kommunistischen Guerillas wird dort auf etwa tausend geschätzt.

Angeblich halten sie sich in unmittelbarer Nähe von entlegenen Dörfern auf, in Gegenden, wohin die Macht der Regierung nicht reicht und wo auch Militär nur selten hinkommt. Die Kommunisten sind in Einsatzgruppen von jeweils 60 Mann zusammengefaßt, die von geschulten Funktionären geführt werden. (Vergleiche dazu die MDU's der thailändischen Regierung im nächsten Kapitel!) Meistens kommt eine Anzahl von Mitläufern aus den umliegenden Dörfern dazu, die das Leben in den Wäldern, wie einer von ihnen sagte, „erst einmal ausprobieren“ wollen. Die Gruppen teilen sich in eine gut bewaffnete Sicherheitsabteilung, einen Nachschubverband und ein Propagandateam.

Im Versammlungshaus des Dorfes oder auch im Tempel werden die Bauern zusammengerufen, das Propagandateam organisiert eine Veranstaltung, während die Sicherheitsgruppe das Dorf gegen plötzliches Auftauchen von Militär abschirmt. Mit Laienspieltheater, Tondbandmusik und Vorträgen wird nun ein ungezwungener Gemeinschaftsabend veranstaltet. Wenn eine Vertrauensbasis vorhanden ist, werden die Bauern aufgefordert, offen über ihre Sorgen und Schwierigkeiten zu sprechen und einen „Bedürfniskatalog“ aufzustellen, den sie mit ihrem Namen unterschreiben.

Mit dieser „Wunschzetteltaktik“ wollen sich die Guerillas die Loyalität der Dorfbewohner sichern. Werde man sie verraten, so heißt es, kämen diese Unterlagen in die Hände der Polizei, und die Bauern hätten wegen ihrer Zusammenarbeit mit den Kommunisten bald eine Vergeltungsaktion des Gouverneurs zu befürchten.

Mit Versprechungen, Überredungen und Drohungen soll das Dorf in ein „Basisdorf“ umgewandelt werden, in dem eine „Gegenherrschaft“ mit Zustimmung der Bauern etabliert wird. Ölfleckenartig, so hoffen die Rebellen, wird sich auf diese

16 s. die im Herbst 1969 über die Kommunistische Partei Thailands erschienene Arbeit von Weatherbee Donald E., University of South-Carolina.

Weise ihr Einfluß von den Grenzen auf das gesamte Land ausdehnen, und schließlich werden, getreu dem Konzept Mao Tse-tungs, die Dörfer die Städte einkreisen und die Bauern die Macht übernehmen.

Eine weitere Taktik ist es, durch kleine Hinterhalte und das Töten von korrupten Polizisten oder tyrannischen Bürgermeistern sog. „Säuberungsaktionen“, d. h. kollektive Vergeltungsmaßnahmen der Regierung, herauszufordern, die dann die Bevölkerung auf die Seite der Guerillas bringen sollen.

In ihrer Gesamtstrategie gehen die kommunistischen Führer von einem Mehrstufenplan aus, dessen erste Phase Agitation, selektiven Terror gegen verhaßte Personen und den Aufbau einer konspirativen ländlichen Basis mit einem guten Informationsnetz vorsieht. Offene Auseinandersetzungen mit Regierungsgruppen und US-Beratern werden von den Guerillas vermieden¹⁷.

Beim Eintreffen von Truppen wird kein Widerstand versucht. Die Waffen für ihre Aktionen haben die Rebellen aus amerikanischen Beständen übernommen, die während der „laotischen Krise“ den dortigen Neutralisten um Oberst Kong Le geliefert worden waren. Munition ist von den royalistischen Truppen in Laos zu niedrigsten Preisen zu bekommen.

Gemeinsam mit den Intellektuellen in Bangkok und dem patriotischen Bürgertum möchten die Kommunisten eine „Volksfront“ gegen die „korrupte und von den Amerikanern überfremdete Militärregierung“ auf die Beine stellen. Sie versuchen der Landbevölkerung zu erklären, daß sie die Sache aller Bauern vertreten, und sagen, die Revolution sei nur die Internationalisierung des Prinzips der „gegenseitigen Hilfe“ (Na-wan, vergl. Genossenschaften), wie es auf den Dörfern seit langem Tradition ist. Nach Angaben der Bauern bezahlen sie für Nahrungsmittel, die man ihnen nicht schenkt, einen besseren Preis als die Händler und versuchen auch, medizinische Hilfe zu leisten. Gewaltanwendung wird nach Möglichkeit vermieden, da Terror ein schlechtes Mittel ist, um eine Bewegung zu popularisieren.

Dem Argument, die Regierung baue immerhin Straßen zu den Dörfern, wie es ihnen einige Bauern entgegenhalten, antworten sie, diese seien nur dazu da, das Militär schneller herbeizubringen, um die Bauern zu bestrafen, falls sie einmal ihre Steuern und Pacht nicht pünktlich bezahlen könnten. Außerdem würden die Straßen den Händlern die Ausbeutung der Bevölkerung erleichtern.

Vielfach mußten die Guerillas in den Wäldern, von den Bauern respektvoll „Dschungelsoldaten“ genannt und von thailändischen Offizieren und US-Beratern abfällig als „C.T.’s“ (communists terrorists) bezeichnet, nach eigenen Angaben auch Rückschläge einstecken.

Jugendliche, die der Guerillabewegung aus Abenteuerlust beigetreten waren und sich den Befreiungskampf in den Wäldern als ein fröhliches Robin-Hood-Dasein vorgestellt hatten, wurden in praxi oft enttäuscht. Sobald sie die unwirtlichen Bergwälder, wo es kaum zum Leben reichte und an Frauen und Schnaps mangelte, verließen, wurden sie von Regierungstruppen gehetzt, von Bauern verraten, und von Dorfwehren, denen man „Fangprämien“ versprochen hatte, gejagt.

Die häufigste Antwort, die die Überläufer, nach dem Grund ihres Zurückkommens befragt, gaben, war „mai-sabai“, was ungefähr heißt: „Es war dort nicht angenehm.“

¹⁷ Die beiden Überfälle auf US-Luftstützpunkte in Nordostthailand zu Beginn der Pariser Gespräche und während des Nixon-Besuchs waren spektakuläre Ausnahmen.

Zwei große Hoffnungen der thailändischen Kommunisten erfüllten sich bisher nicht: Die Minderheiten (wie etwa die Laoten im Nordosten, die Bergstämme in Nordwesten und die Moslems im Süden) sind nicht zum Aufstand bereit und bringen den Revolutionären zu wenig Vertrauen entgegen. Vielmehr behandeln sie die Kommunisten mit einer Mischung aus Furcht und Respekt.

Das Staatsvolk der Thais, vor allem die armen Pächter im Delta, nehmen die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse zum größten Teil mit buddhistischer Gelassenheit wie ein unvermeidliches Schicksal auf sich und sind nicht bereit, für den sozialen Umsturz ihr Leben zu riskieren. Dazu kommt wohl auch, daß Pächter, die das Land bebauen, als sei es ihr eigenes, schwerer zu politisieren sind als Lohnarbeiter. (Vergl. dazu die Aufstände unter den chinesischen Zinngrubenarbeitern in Malaya!)

Ein nicht zu unterschätzender Grund für die geringe Verbreitung sozial-revolutionären Gedankenguts im Nordosten mag es auch sein, daß dort ein charismatischer Anführer vom Format eines Ho Chi Minh oder eines Fidel Castro bisher fehlte. („Pridi“ — der frühere Premierminister — „ist ein altes Pferd“, sagte man mir mehrmals!)

Die „Salonkommunisten“ aus Bangkok finden auf den Dörfern nur wenig Verständnis und sprechen nach Ansicht der Bauern die falsche Sprache: einem „Ins-Volk-Gehen“ der akademischen Jugend stehen sozial-psychologische Gründe entgegen.

Chinesischen Quellen zufolge sollen die thailändischen Kommunisten im Frühjahr 1966 nach umfangreicher Selbstkritik eine neue Strategie entwickelt haben, die mehr auf den Aufbau eines konspirativen Zellennetzes nach dem Vorbild der alten Geheimbünde hinausläuft und in der militante Aktionen nur noch in Notwehr durchgeführt werden sollen. Die Rätegebietskampagne hat sich nach Ansicht von Theoretikern der Bauernrevolution (ähnlich wie der Versuch Che Guevaras in Bolivien) als verfrüht erwiesen. Schon ein kommunistisches Laos würde die Chancen für die Revolution wieder verbessern. Daher warten auch die thailändischen Guerillas zunächst auf den Abzug der Amerikaner aus Vietnam. Ein Teil von ihnen hat sich der drohenden Einkreisung durch Flucht nach Laos entzogen und kämpft in den Reihen der Pathet-Lao.

VI. Die Entwicklungsbemühungen der thailändischen Regierung im Nordosten

1. Die Pathet-Lao-Infiltration bewirkt größeres Interesse

Die Regierung in Bangkok hatte den Problemen des Nordostens bis 1961 nur ein mehr oder minder zufälliges Interesse gewidmet. Dieses wandelte sich seit der „laotischen Kreise“ (1961/62) und dem Näherrücken des Vietnamkrieges schlagartig in übertriebene Besorgnis. Unter Feldmarschall Sarit nutzte die Thai-Regierung den kommunistischen Popanz für eigene Zwecke. Die allwöchentlichen Berichte des Innenministers General Prapath über kommunistische Subversion und Infiltration werden bis heute nur von wenigen Journalisten für bare Münze gehalten. Hinweise auf die kommunistische Expansion waren lange ein bequemer Weg zur Rechtfertigung der staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen gegen oppositionelle Gruppen und zur Aufrechterhaltung eines nationalen Notstandes. Politiker des

linken Flügels flüchteten, um sich der Verfolgung durch die thailändische Polizei zu entziehen, über den Mekong und schlossen sich dort den Pathet-Lao-Streitkräften an.

Im ersten Indochinakrieg war der Nordosten noch ein willkommenes Rückzugsgebiet der laotischen Guerillas, die man von der einheimischen Bevölkerung nicht unterscheiden konnte.

Der Nordosten Thailands gilt als laotischer Gemüsegarten. Abends fahren kleine Boote über den Fluß und versorgen Laoten und Vietnamesen am anderen Ufer mit Obst und Gemüse. Nach Angaben von westlichen Geheimdiensten haben die Pathet-Lao inzwischen zwei Schulen für die politische und militärische Ausbildung der Nordost-Thais eingerichtet, von denen sich angeblich die eine in Mahaxay (östlich von Thakhet) und die andere nördlich von Pakse befindet¹⁸. Selbst Hubschrauber aus dem kommunistischen Teil von Laos haben nach Angaben der thailändischen Grenzpolizei wiederholt den Mekong überflogen, um den Guerillabasen in der Gegend von Kuchinarai Medikamente und Munition zu bringen. Wieviel davon wahr ist, läßt sich schwer nachprüfen.

Die Informationspolitik der thailändischen Regierung hat etwa seit 1965 einen abrupten Kurswechsel vollzogen. Während die Regierung früher die „Kommunistengefahr“ hemmungslos übertrieb, um mehr amerikanische Hilfe zu bekommen, keine Soldaten nach Vietnam schicken zu müssen und die Opposition auf allen Ebenen mit dem Schwert des Antikommunismus wirkungsvoll bekämpfen zu können, entwickelte sich daraus schließlich eine künstliche Angstpsychose. Seitdem hat man in Bangkok begonnen, die eigenen Erfolge im Nordosten mit großem Optimismus zu beschreiben und den Einfluß der Kommunisten herunterzuspielen, um den eigenen Soldaten und Beamten in den Grenzprovinzen wieder mehr Selbstvertrauen einzuflößen. Daher ist es notwendig, Veröffentlichungen über Anwachsen bzw. Zurückgehen des kommunistischen Einflusses auf den Nordosten nie ohne einen direkten Bezug zur thailändischen Innenpolitik zu sehen.

2. Die Militär- und Wirtschaftshilfe der USA

Die Hilfe der USA für Thailand war zwischen 1950 und 1961 mit einer Gesamtsumme von 284,8 Millionen Dollar vergleichsweise zu anderen südostasiatischen Staaten bescheiden. Im Jahre 1961 erhielt Thailand beispielsweise 24,8 Millionen Dollar, Laos mit nur einem Zwölftel der thailändischen Bevölkerung 35,8 Millionen und Südvietnam mit etwa halb so viel Einwohnern 151 Millionen. Inzwischen ist diese Hilfe, was Thailand betrifft, wesentlich verstärkt worden. Die Thais haben sich ihr einseitiges Engagement für die USA und ihren Verzicht auf einen „kambodschanischen Weg“ des Neutralismus gut bezahlen lassen.

Im Jahre 1966 gewährten die USA 240 Mill. Dollar Militär- und Wirtschaftshilfe. Berichten aus Bangkok zufolge, soll diese Unterstützung 1967 400 Mill. Dollar betragen haben und 1968 über 700 Mill. ausmachen. Die amerikanischen Lieferungen an Thailand hatten jedoch, wie Denis Warner es prägnant ausdrückt, „die Wirkung eines großen Steins, den man in einen Teich wirft. Sie verursachten ein heftiges Aufspritzen in der Mitte, doch waren die Wellchen ein Stück vor den Dörfern verschwunden“¹⁹.

¹⁸ Vergl. dazu die Berichte des gut informierten australischen Journalisten Denis Warner in: Krieg ohne Entscheidung, München 1965, S. 325.

¹⁹ s. Warner, Denis, a. a. O. S. 345.

3. Die verschiedenen US-Thai-Organisationen

Aus Sorge vor einer vietnam-ähnlichen Entwicklung in Thailand und parallel zur amerikanischen Eskalation in Vietnam haben die Regierung in Bangkok und ihre amerikanischen Berater von JUSMAAG (Joint United States Military Assistance Advisory Group) eine Reihe von Programmen ausgearbeitet, mit deren Hilfe sie an zwei Fronten gleichzeitig zu gewinnen hofften: gegen die Kommunisten und gegen das Elend auf dem Lande. Bei dieser Zusammenarbeit nehmen militärische Organisationen teilweise auch zivile Aufgaben wahr (Bohren von Brunnen), wie ebenfalls die Landwirtschaftsberater aufgefordert werden, Informationsmaterial zur militärischen Auswertung zu sammeln.

Zur Koordinierung der verschiedenen Aktivitäten dieses „Counterinsurgency-Programms“ wurde ein „Communist Suppression Operations Command“ (CSOC) gegründet. Weitere thailändische Organisationen, von amerikanischen Beratern unterstützt und mit Hilfgeldern ausgestattet, folgten:

- a) 1961/62 das MIT-Programm (Mixed Information Teams), welches gemeinsam mit USIS zusammenarbeitete.
- b) 1962/63 das MDU-Programm (Mobile Development Units).
- c) 1963 das BPP-Programm (Border Patrol Police), eine Art von Grenzschutz, von den USA ausgerüstet und bei der Ausbildung beraten. Hauptaufgabe: Grenz-wache und Sammeln von Informationen über die Bevölkerung der Randgebiete des Landes.
- d) 1964 das CD-Programm (Community Development).
- e) 1965/66 das ARD-Programm (Accelerated Rural Development).
- f) 1966 das US-Medical-Health-Center-Programm (mit amerikanischem Personal besetzte Krankenpflegestationen).
- g) 1966 das Schulungsprogramm für Dorfvorsteher.
- h) 1966/67 das DDP-Programm (Democracy Development Program) d. h. z. B. Aufbau eines Tambon-Rats (Distrikt), der über die Verteilung von Subventionsgeldern beschließt.

Im Oktober 1961 war vom thailändischen Entwicklungsministerium ein Aufbau-plan mit dem erklärten Ziel entworfen, „den Lebensstandard im Nordosten auf ein Niveau zu heben, das mit dem anderer Gebiete vergleichbar sein kann und damit gleichzeitig die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur zu verbessern“.

Ein Erlaß des Innenministeriums vom Februar 1962 verfügte die Gründung von MIT's, die gemeinsam mit USIS den Thais in den Randgebieten mittels Propaganda, Filmen, kleinen Hilfsaktionen und Verteilen von Tausenden von Fotos des Premierministers und des Königs zu einem Nationalbewußtsein verhelfen sollten. An diese Kampagne knüpften später die Aktionen des „Community Developments“ an, die bei der Herstellung eines „demokratischen Willensbildungsprozesses“ in den Dörfern helfen sollen, Projekte für die Verbesserung der Infrastruktur unter Beteiligung der Bauern ausarbeiten und deren Aufgabe es ist, eine Vielzahl von Kadern zu schulen, die die Verwaltungslücke zwischen Dorvorsteher und Distriktoffizier (nai amphur) schließen können. Erschwert wird die Verwaltungspraxis durch ein latentes Konkurrenzverhältnis zwischen zivilen Verwaltungsbeamten, Polizei und Militär.

Von amtlichen Stellen wurden als Ziele des Community-Development-Programms angegeben:

- a) Allgemeine Verbesserung des Agrarsektors,
- b) Verbesserung der landwirtschaftlichen Anbaumethoden,
- c) Verbesserung des Lebensstandards der Bauern,
- d) Erziehung der Bauern zu gegenseitiger Hilfe,
- e) Aufbau eines Organisationsnetzes auf den Dörfern, dessen Mitglieder regierungstreue Bauern sind, die sich bereit erklärt haben, der kommunistischen Subversion Einhalt zu gebieten.

Durch den Aufbau einer Reihe von Organisationen soll die bisher diffuse und unformalisierte Organisationsstruktur der Dörfer und ländlichen Bezirke neu geordnet werden. Die CD-Helfer (patanakorn) sehen sich als Gegenspieler der kommunistischen Agenten im Kampf um den Einfluß auf die Bevölkerung. Den kommunistischen Versuchen, eine „Front“ aufzubauen, wollen die amerikanischen Berater eine „geschlossene und demokratisch gesinnte Dorfgemeinschaft“ entgegenstellen.

Die wichtigsten dieser neuen Organisationsformen sind:

- a) Die Dorfwehr (yahm) gegen Viehdiebe, Räuber usw. Sie ist mit Handfeuerwaffen und einem Funkgerät ausgerüstet.
- b) Der Ältestenrat (kamakarn muban).
- c) Die genossenschaftliche Kreditgesellschaft.
- d) Der Entwicklungsausschuß.
- e) Der Schulausschuß.
- f) Der Gesundheitsausschuß.
- g) Der Tempelausschuß.
- h) Der Landwirtschaftsausschuß.

Diese Konzeption der direkten Beteiligung der Dorfbewohner an der Lösung ihrer dringendsten Probleme scheint trotz aller Schwierigkeiten den speziellen Bedürfnissen der Auseinandersetzung im Nordosten weit besser zu entsprechen als der Einsatz von Armee und Luftwaffe, den die Regierung bei Umsiedlungsprogrammen im Norden des Landes praktizierte und der ihrem Ansehen mehr Schaden als Nutzen eintrug.

Von amerikanischen Beratern wurde von einem Fall berichtet, bei dem auf Grund der Ermutigung durch das Community-Development die Bauern sich in anonymen Briefen nach Bangkok gegen den Amtsmissbrauch und die Mißwirtschaft ihres „kamnan“ (Gemeindechef) zur Wehr setzen und schließlich im Überschwang des neuen Machtgefühls sogar dessen Gemüsegarten zerstörten. Der so kritisierte Beamte konterte die Anschuldigungen, indem er die Bauern als „aufgeputzte Kommunisten“ bezeichnete und ihre Rädelführer von der Polizei vorsorglich einsperren ließ.

4. Die mobilen Entwicklungsteams (MDU)

Eckstein und Trumpf zugleich sollten bei den gemeinsamen Entwicklungsbemühungen von Amerikanern und Thais die 1962 gegründeten MDU's (Mobile Development Units) werden. Sie setzen sich aus ca. 50 Mann starken Spezialistengruppen zusammen, die von den Bangkokener Ministerien für diesen Zweck abgestellt worden waren, und stehen unter dem Kommando eines Majors. Ihre Hauptaufgabe ist es, die Autorität der Regierung auch in den entferntesten Dörfern präsent zu machen sowie bei der Landbevölkerung durch technische Hilfsprogramme, kostenlose ärztliche Behandlung und Verteilung von Subventionen Ver-

trauen in den Staat zu wecken. Das Motto dieser Kampagne ist: „Thais helfen Thais, Thailand aufzubauen!“ Von den neun gebildeten Einheiten wurden zu Anfang allein sieben im Nordosten eingesetzt.

Als wichtigste Aufgaben der MDU's gelten:

- das Eindämmen der kommunistischen Infiltration,
- das Zurückdrängen der Kriminalität,
- die Anleitung der örtlichen Beamten zu einer besseren Verwaltung und zu einem guten Kontakt mit der Bevölkerung.

Konkrete Ziele dieses Programms sind:

- Straßen- und Brückenbau mit Hilfe der Bevölkerung,
- Bohren von Trinkwasserbrunnen, die mit Handpumpen versehen werden,
- Einrichtung von sanitären Anlagen,
- kostenlose Behandlung von Kranken,
- finanzielle und materielle Hilfe für den Bau von Dorfschulen, Versammlungshallen, Tempeln, Dämmen und Wasserreservoirs,
- Verbesserung des Niveaus von Unterricht und Ausbildung,
- Förderung der Landwirtschaft,
- Anbau von zusätzlichen Obst- und Gemüsearten.

Dabei ist, wie es von offizieller Seite heißt, nicht nur der Erfolg des Programmes ausschlaggebend, sondern vor allem die Art und Weise, in der es durchgeführt wird. Gemäß den objektiven Widersprüchen zwischen den Bedürfnissen der Bauern und den Zielen der Regierung hatten die MDU's neben unbestreitbaren Erfolgen auch eine Reihe von Rückschlägen zu verzeichnen. Sie befanden sich 1967/68 in einer kritischen Phase, in der nur noch die reichlich fließenden amerikanischen Hilfsgelder und die Kontrollbesuche von höheren thailändischen Beamten eine Auflösung verhinderten.

Die „Zivilsoldaten“ waren es müde, weiter auf den Komfort der Hauptstadt verzichten zu müssen, der Elan der Anfangszeit war zum Teil geschmolzen, und die Bevölkerung zeigte sich längst nicht so „dankbar“, wie man es von ihr erwartet hatte.

Es stellte sich heraus, daß nach Ansicht vieler Bauern die „Bekämpfung der Kommunisten“ ausschließlich eine Pflicht der Regierung war und die Bevölkerung sich kaum damit identifizierte. Noch dazu war es den wenigen Kommunisten anscheinend bereits durch ihre bloße Existenz gelungen, die Aufmerksamkeit der Regierung auf den unterentwickelten Nordosten zu lenken und deren Beamte zu einer rücksichtsvolleren Behandlung der Bevölkerung zu veranlassen. Das Auftauchen der Kommunisten galt in manchen Dörfern als beliebter Vorwand für die Begründung neuer Hilfsersuchen. Um den Dollarstrom auch an ihrem Ort nicht vorbeifließen zu lassen, sahen die Bauern täglich mehr Kommunisten.

Allerdings brachte deren „Erscheinen“ auch häufig Nachteile mit sich. Die polizeiliche Anmeldung und der Besitz eines Personalausweises wurden Pflicht. Diese Anordnung stieß auf großes Unverständnis bei den Betroffenen, das sich angeblich erst legte, als man ihnen erklärte, auch die Wasserbüffel hätten „Papiere“ (d. h. Herdbuchkarten). Ein neues Problem entstand durch den Bau von Staudämmen. Ganze Dörfer wurden umgesiedelt und in „nikhom“, sog. Self-Help-Land--Resettlement-Centers angesiedelt.

Die Bauern, die ihren angestammten Boden verlassen sollten, leisteten unter Führung von kommunistischen Agitatoren teilweise bewaffneten Widerstand. Es ist der Regierung bis heute nicht gelungen, das Problem dieser „displaced persons“ zufried-

denstellend zu lösen. „Säuberungsaktionen“ des Militärs, bei denen die Soldaten im Dschungel auf jedes lebende Ziel feuerten und einen Teil des davongelaufenen Viehs töteten, erhöhten den Widerstand der betroffenen Dörfer. Wie in anderen Fällen hatten also die Kommunisten hier Spannungen nicht erst erzeugt, sondern bereits vorgefunden und in ihre Strategie miteinbezogen.

Als einen „Teil der Kampagne gegen die kommunistische Subversion“ mobilisierte die thailändische Regierung im Januar 1965 über 300 buddhistische Mönche und schickte sie in den Nordosten²⁰. Es ist später in Bangkok berichtet worden, daß eine Reihe dieser Buddhisten sich unter dem Eindruck der im Nordosten herrschenden Verhältnisse den Kommunisten angeschlossen haben sollen.

5. Das Programm zur „beschleunigten Entwicklung der Landwirtschaft“

Den Hauptgrund für die Ausbreitung des kommunistischen Einflusses in den Dörfern, nämlich Hunger und Armut, soll ein von Amerikanern und Thais gemeinsam geplantes Programm der „beschleunigten landwirtschaftlichen Entwicklung“ beseitigen. Landwirtschaftlicher Fortschritt soll den Lebensstandard der Bauern in kurzer Zeit so weit verbessern, daß sie gegen kommunistische Agitation immunisiert sind. Das Schwergewicht dieser Kampagne liegt auf der Entwicklung des Genossenschaftswesens, der Bereitstellung von billigen Krediten und der ausreichenden Versorgung mit Kunstdünger.

Die „gegenseitige Hilfe“ (na-wan oder long kaek) und der „allgemeine Nutzen“ (suan ruan) sind auf den Dörfern seit langem bekannte Gebräuche und bilden die psychologische Grundlage für das Genossenschaftswesen. Mit der Planung und Einrichtung von agrarischen Genossenschaften wurde in Thailand schon 1950 begonnen; sie wurde in den vergangenen Jahren jedoch erheblich intensiviert.

Dabei geht es der Regierung nicht nur darum, die fatale und entwicklungshemmende Funktion des chinesischen Zwischenhändlers und Geldverleihers zu beseitigen und selbst diese Aufgaben zu übernehmen, sondern auch um die Kontrolle der Nahrungsmittel und Rohstoffproduktion, um diese marktgerecht steuern zu können. (Die Produzenten zu beraten und die Produktion zu überwachen ist die vornehmliche Aufgabe der „trade-officers“, die in jedem „amphur“ ein Büro haben. In den „sensitive areas“ des Nordosten wurden die ersten Genossenschaften von den MDU's reorganisiert.)

Vertrauen in den Staat, gegenseitige Erntehilfe und wirksame politische und ökonomische Kontrolle sollen hier nach Zielsetzung der Planer im Idealfall zusammenwirken. Die Bauern werden von qualifizierten Fachleuten beraten. Bei größeren Bauprojekten (z. B. Dämmen oder Brücken) stellen die Bewohner der umliegenden Dörfer die Arbeitskraft zur Verfügung, während die Regierung mit Baumaterial, Geräten usw. aushilft.

Wichtigster Anreiz für ein Genossenschaftsmitglied ist es, billige Regierungskredite zu bekommen, etwa in Form von Saatgut, Kunstdünger oder Wellblech.

Die Zinsen, die bei den Geldverleihern jährlich manchmal über 100 Prozent betragen, werden von den Genossenschaftsbanken nur noch mit 12 Prozent p. a. angesetzt. Den Bauern wird aber nur dann Kredit gewährt, wenn sie nachweisen können, daß sie „fleißig arbeiten“.

²⁰ s. „Bangkok Post“ vom 23. November 1964, und den Artikel von Yoneo Ishii, Church and State in Thailand, in: Asian Survey, Nr. 10, Oktober 1968, p. 864 ff.

Die von mir besichtigten Genossenschaften machten einen optimistischen und durchorganisierten Eindruck. Für gemeinschaftliche Versammlungen war ein Gemeinschaftshaus errichtet worden. Der Kunstdünger wurde in einem Lagerhaus trocken aufbewahrt.

Die Dorfvorsteher waren auf die Errungenschaften ihrer Gemeinde stolz und gaben bereitwillig über Nöte und Sorgen aus dem landwirtschaftlichen Bereich Auskunft. Nur etwa 10 Prozent der Bauern hatten keine Kredite von der Genossenschaft bekommen. Als Gründe wurden schlechter Boden, Faulheit oder eine zu geringe Hoffnung auf pünktliche Rückzahlung angegeben. Besonders häufig wurde die Initiative der Regierung in Richtung auf eine „Modernisierung“ gelobt, womit der Ausbau des Schulgebäudes oder des Tempels gemeint war. Besonders der Zustand des Tempels (wat) ist häufig ein gutes Kennzeichen für den Wohlstand oder die Armut des ganzen Dorfes.

Das Verhältnis der Bauern zu Verwaltungsbeamten und Polizisten ist dann nicht schlecht, wenn diese aus der gleichen Gegend stammen. Kommen sie jedoch geradewegs aus Bangkok und verstehen kaum den Dialekt des Nordostens, so ist das schlechte Verhältnis zu ihrer Umgebung, gesteigert durch ihre Neigung, den Job auf dem Lande auch als Pfründe zu betrachten, bisweilen groß und schwer zu beseitigen. Eine nach unseren Vorstellungen integre Beamtenschicht kann sich wegen der schlechten Bezahlung und der vielen Möglichkeiten zu unkontrolliertem Amtsmissbrauch nur schwer bilden.

So wird im Zuge der durchgeführten Reformen manchmal ein gewinnsüchtiger Zwischenhändler nur durch einen korrupten Beamten ersetzt, der ihm an Geldgier kaum nachsteht und nun obendrein noch über uneingeschränkte polizeiliche Mittel verfügt (siehe „Anti-Kommunisten-Gesetz“).

6. Kunstdünger und Pflanzenschutzmittel

Mindestens für einen großen Teil des Nordostens ist es ein in Bangkok zwar oft gehörtes, aber unwahres Gerücht, wenn man sagt, die Bauern ständen der Verbreitung von Kunstdünger und Pflanzenschutzmitteln zögernd oder gar ablehnend gegenüber. Die neuere Entwicklung hat diese Mär längst widerlegt. Ähnlich ist es mit der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln. Eher war es der Fall, daß die Regierung mit vorbildlichem Elan billigen Kunstdünger an einige Mustergenossenschaften verteilte, also Wünsche weckte, die sie dann im nächsten Jahr aus Planungsgründen angeblich nicht befriedigen konnte. Auf allen vier Versammlungen von Dorfvorstehern, an denen ich teilnahm, beklagten sich die Bauern, die Regierung bzw. das Reisdepartment sei nicht in der Lage, genügend Düngemittel zur Verfügung zu stellen. So erhielt z. B. eine Genossenschaft, die 1965 mit drei Tonnen Kunstdünger probeweise angefangen hatte, 1967 anstatt der angeforderten 30 Tonnen nur insgesamt 6 Tonnen, obwohl sie nach Ansicht von Landwirtschaftsspezialisten mindestens 60 Tonnen zu einer intensiveren Bebauung benötigt hätte.

In einem anderen Dorf mit knapp 1000 Einwohnern wurden 30 Tonnen versprochen, aber nur 5 Tonnen angeliefert. Da die Nachfrage auf Grund der Ernteergebnisse so enorm gewachsen ist, etablierten sich auf dem Lande Zwischenhändler aus der Hauptstadt, die davon reich werden, daß sie gesteigerten Bedarf aus dunklen Kanälen decken. Nachdem die Bauern gemerkt haben, daß sich ihre Reiserträge je

nach Bodenbeschaffung und Bewässerung bei Verwendung von Kunstdünger von 140 bis 150 kg per rai (0,16 ha) auf 200 bis 220 kg steigern können, d. h. um über ein Drittel, sind sie auch bereit, Wucherpreise dafür zu bezahlen.

Ein Teil der billigen Kontingente, die von der thailändischen Regierung mit amerikanischer Hilfe ins Land gepumpt werden, taucht auf dem Schwarzen Markt wieder auf und unterbietet die Preise der privaten europäischen und japanischen Firmen trotz des hohen Profits der Zwischenhändler.

Bei der Verteilung der Regierungslieferungen spielt die „Vetternwirtschaft“ eine große Rolle.

Mehrmals sagten die Bauern, der billige Kunstdünger sei nur ein kurzfristiges Lockmittel, um sie zum Eintritt in die Genossenschaften zu veranlassen. Bleibt ein Bauer außerhalb der Genossenschaft, muß er für den Kunstdünger pro Sack 50 Baht (= 10 DM) mehr bezahlen und hat auch keine Aussicht, eine Maschine geliehen zu bekommen.

Die „Flucht in die Genossenschaften“ ist daher verständlich. Die Schwierigkeiten sind jedoch dadurch nicht überwunden. Nur selten haben die Bauern später den Mut, die Einlösung der Versprechungen, die ihnen vor ihrem Eintritt gemacht worden waren, noch zu fordern.

Gelingt es der Regierung, die Entwicklung des Genossenschaftswesens zum Vorteil der Bauern und ohne Eigennutz voranzutreiben, dann ist ein bedeutsamer Schritt zur Entschärfung des sozialen Konflikts im Nordosten getan.

VII. Der Einfluß des Vietnamkonflikts

Von Kennern wird die gegenwärtige Situation im Nordosten Thailands manchmal mit den Verhältnissen in Vietnam zwischen 1956 und 1959 verglichen. Es ist bezeichnend, daß von amerikanischen Beobachtern auch damals den kommunistisch dominierten Organisationen in Südvietnam „angesichts der Stärke des Diem-Regimes“ und der „Apathie der Bauern“ keine Chance gegeben wurde und Presseberichte die Lage als „im ganzen friedlich“ hinstellten.

Der Vergleich mit Vietnam darf jedoch nicht irreführen, denn es existierten eine Reihe von wichtigen Unterschieden zwischen Thailand und seinen Nachbarn.

Thailand war nie geteilt, jedenfalls nicht in der neueren Geschichte, hat den Kolonialismus in seinen schlimmsten Auswirkungen nicht zu spüren bekommen und verfügt nicht über eine revolutionäre Vergangenheit, wie etwa China oder Vietnam. Auch haben die Thais weniger Sinn für politische Aktionen und den Aufbau von Organisationsnetzen. Ihre „Revolution“ von 1932 verlief unblutig und war im Grunde nur ein Elitenwechsel ohne wesentliche Folgen für die Landbevölkerung.

Im Jahre 1968 gaben die Amerikaner insgesamt ca. 800 Millionen Dollar in Thailand aus. Weit über 100 000 Thais verdanken den USA ihren Arbeitsplatz. Mit dem von Präsident Nixon bei seinem Aufenthalt in Bangkok (August 1969) angedeuteten amerikanischen Truppenabzug aus Thailand soll dort, einer US-Statistik zufolge, die wirtschaftliche Wachstumsrate von 7,3 Prozent auf unter 4,5 Prozent fallen. Die amerikanische Regierung hat ihre laufende Hilfe an Thailand für das kommende Jahr um 24 Prozent gekürzt, obwohl Präsident Nixon der Regierung in Bangkok Beistand gegen eine Bedrohung „von innen und außen“ versprochen hat.

Da ein „zweites Vietnam“ um jeden Preis vermieden werden soll, werden die USA kaum zusätzliche Truppen nach Thailand schicken. Die Unsicherheit über die amerikanische Präsenz legt der thailändischen Regierung daher den Ausgleich mit seinen Nachbarn einschließlich Nordvietnam und China nahe. Insofern hat Präsident Nixons neue Asienpolitik eine Normalisierung der Situation bewirkt.

Wie aber werden sich in Thailand die Dinge weiterentwickeln, wenn das angrenzende Laos kommunistisch werden sollte und auch Prinz Sihanuk in Kambodscha bei seinem neutralistischen Balanceakt unter dem Druck innenpolitischer Ereignisse schließlich abstürzt?

Erst dann wird auch bei dem Wettlauf im Nordosten des Landes der Sieger bestimmt werden. Die laotischen Kommunisten werden dann nicht nur für die Revolution werben, sondern ihre Verwandten jenseits des Mekongs zur Solidarität auffordern. Wer will dann noch eine Grenze zwischen „Aggression von außen“ und „innerer Subversion“ ziehen?

Zusammenfassung

Thailand hat seine Fähigkeit, sich mit seinen Nachbarn rechtzeitig arrangieren zu können, im Laufe der Geschichte schon wiederholt unter Beweis gestellt. Außenpolitisch werden sich die Thais daher wohl auch nach dem Abzug der Amerikaner aus Vietnam zu helfen wissen. Wie aber steht es um die Fähigkeit zur innenpolitischen Anpassung an eine neue Situation?

Der antikommunistische Schutzwall, der unter Beteiligung amerikanischer Ratgeber um Bangkok gezogen wurde, hat vor allem der Konsolidierung der Macht in den Händen einer kleinen Gruppe von Generälen gedient. Die Gleichsetzung jeder „außerparlamentarischen“ Opposition mit dem Kommunismus und damit mit dem Bösen schlechthin hatte praktisch auch die Gleichsetzung der Regierungspraxis mit Korruption und Nepotismus zur Folge. Die Auflösung dieser Gleichung konnte für manche Thais nur bedeuten, daß die Kommunisten als einzige Gruppe entschieden für eine saubere und fortschrittliche Politik eintreten.

In törichter Nabelschau hat die durch einen Putsch an die Macht gekommene Regierung in Bangkok den größten Teil ihrer Kraft auch wieder auf die eigene Machterhaltung verwandt und erst auf Druck Washingtons und mit amerikanischem Geld Entwicklungsprogramme zur sog. „Aufstandsverhinderung“ (insurgency-prophylaxis) in Angriff genommen. Dabei soll ein neues Nationalgefühl die Autorität der Regierung auch in die fernsten Dörfer tragen (nation-building), die Etablierung von loyalen Organisationen ein Gegengewicht zu dem von den Kommunisten angestrebten Aufbau einer „nationalen Befreiungsfront“ bewirken (organisation-building) und eine Hebung des Lebensstandards durch Subventionen die Bauern gegen die Revolution immun machen (accelerated rural development).

Die Regierung hat es jedoch versäumt, die notwendige Kanalisierung der Interessen und Bedürfnisse der vernachlässigten Gebiete voranzutreiben und der Bevölkerung größere Möglichkeiten zur echten politischen Beteiligung zu gewähren. Vielmehr hat Bangkok, um dem „Separatismus“ entgegenzuwirken, eine Assimilierungspolitik verfolgt, die von den Kommunisten als „ethnischer Imperialismus“ bezeichnet wird.

Durch unverhältnismäßig harte Militäreinsätze gegen unzufriedene Volksteile, Umsiedlungsaktionen und die Privilegierung einer neuen Zwischenschicht wurde der Graben zwischen Bangkok und dem Nordosten eher größer.

Bedrohlicher noch erscheint mir die in letzter Zeit zunehmende Verschuldung der Bauern und die Umschichtung der Dorfstruktur in Pacht- und Lohnarbeiterverhältnisse. Die infrastrukturellen Verbesserungen und der zunehmende Bodenmangel haben die kapitalkräftige Schicht in Bangkok zu größeren Landkäufen angereizt, was die Unzufriedenheit in den Dörfern noch steigern wird. So hat die Entwicklungshilfe der USA und anderer Geberländer schließlich eine beginnende Veränderung der Besitzverhältnisse zuungunsten der Landbevölkerung ausgelöst und Verbitterung unter den Betroffenen hervorgerufen.

Der Bevölkerungsdruck wird diese Probleme in den kommenden Jahren weiter vergrößern. Wenn die thailändische Regierung diese Gefahren nicht rechtzeitig erkennt, werden es die Reformer nach Abzug der USA noch schwerer haben, die Rebellen in Schach zu halten.